

Dringlichkeitsanfrage

des Abgeordneten Thrum (AfD)

Gesundheitsschädlicher Abrieb an Windrädern durch polyfluorierte Alkylsubstanzen (PFAS)

Bei dem nachweislichen Verschleiß von Windturbinenteilen durch Regen, Eis, UV-Strahlen und Sturm werden Polyfluorierte Alkylsubstanzen (PFAS) freigesetzt. In einem Bericht des MDR (Mitteldeutscher Rundfunk) vom 3. Februar 2025 „Umweltschädliche Stoffe: Ist die Energiewende in Gefahr“ werden die Risiken dieser „Jahrhundertgifte“ für Mensch und Natur aufgrund eines möglichen EU-Verbots dargelegt. Für die Substanzen, welche kaum spaltbar sind, existiert bis heute keine Nachweispflicht. Studien haben inzwischen Leberschäden, Übergewicht, hormonelle Störungen, eine schlechtere Immunantwort sowie Risiken für das Gehirn durch PFAS am Menschen nachgewiesen. Laut eines Presseberichts der Ostthüringer Zeitung vom 6. Juni 2025 „Länder gegen komplettes Verbot“ stehen sie im Verdacht, Nieren- und Hodenkrebs zu verursachen. Zuletzt hatte die Wirtschaftsministerkonferenz am 4. und 5. Juni 2025 über ein komplettes Verbot von PFAS diskutiert und sich dagegen entschieden, da hierdurch ganze Produktionsbereiche in der Europäischen Union wegbrechen würden.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welchen Standpunkt vertritt die Landesregierung im Umgang mit PFAS, im speziellen in Bezug auf den Abrieb an Windindustrieanlagen?
2. Was unternimmt die Landesregierung, um die Bürger des Freistaats vor den nachweislich gesundheitsschädlichen Abrieb von Windindustrieanlagen zu schützen, beispielsweise durch eine Nachweispflicht?
3. Zu welchem Abstimmergebnis sind Vertreter der Landesregierung aus welchen Gründen zu besagter Wirtschaftsministerkonferenz gelangt?

Thrum